

Landeshauptstadt Magdeburg

Stellungnahme der Verwaltung

öffentlich

Stadtamt	Stellungnahme-Nr.	Datum
Team 1	S0381/20	29.10.2020
zum/zur		
A0126/19 – Fraktion CDU/FDP		
Bezeichnung		
Bessere Fernbahnanbindung der Landeshauptstadt Magdeburg		
Verteiler		Tag
Der Oberbürgermeister		03.11.2020
Ausschuss für Wirtschaftsförderung, Tourismus und regionale Entwicklung		26.11.2020
Verwaltungsausschuss		27.11.2020
Stadtrat		03.12.2020

Titel: Bessere Fernanbindung / Fernverkehrsanbindung Berlin für 2025 verbessern

Der Oberbürgermeister wird aufgefordert unverzüglich Gespräche mit der Deutschen Bahn aufzunehmen, um eine wesentliche Verbesserung der Bahnanbindung der Landeshauptstadt zu erreichen. Ein wesentliches Ziel dabei muss sein, vor allem die Verbindung zwischen der Landeshauptstadt Magdeburg und der Bundeshauptstadt Berlin zu qualifizieren. Hier muss spätestens mit der Einführung des sogenannten Deutschlandtaktes erreicht werden, dass ganztags, also auch nachts, und regelmäßig, also mindestens alle zwei Stunden, ein IC in beide Richtungen zwischen Magdeburg und Berlin verkehrt. (A0126/19)

Der Oberbürgermeister wird aufgefordert, sich zusammen mit der NASA (Nahverkehrsagentur Sachsen-Anhalt) und dem Ministerium für Landesentwicklung und Verkehr für eine frühzeitige Umsetzung der im Deutschlandtakt angedachten Fernverkehrsverbindung zwischen Berlin und Magdeburg im 2-Stunden-Takt einzusetzen. Befürwortet wird dabei die Verlängerung des Eurocity Berlin - Warschau nach Magdeburg. (A0126/19/1)

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, sich in Kooperation mit der Nahverkehrsagentur Sachsen-Anhalt und dem Ministerium für Landesentwicklung und Verkehr dafür einzusetzen, dass die im Zielnetz Deutschlandtakt 2030 vorgesehene 2-stündliche IC-Verbindung Berlin-Magdeburg bereits zum Jahr 2025 verbindlich eingeführt wird. (A0002/20)

Stellungnahme:

Zum Antrag A0126/19, dem Änderungsantrag A0126/19/1 sowie zum Antrag A0002/20 nimmt die Verwaltung wie folgt Stellung:

Bereits im Mai 2019 wurde seitens des Oberbürgermeisters versucht, ein Treffen mit dem Vorsitzenden des Bahnvorstandes (DB), Dr. Richard Lutz, anzubahnen. Ein daraufhin für September anberaumtes Treffen kam nicht zu Stande. Es folgte ein erneutes Schreiben durch den Oberbürgermeister an Dr. Lutz, welches vom Konzernbevollmächtigten für die Länder Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen, Martin Walden, beantwortet wurde. Er stellt darin die ein persönliches Treffen für die Zeit nach der Corona-Pandemie in Aussicht und verweist auf die bestehenden, seines Erachtens sehr guten Wegebeziehungen, Magdeburgs im Netz der Deutschen Bahn.

Gespräche mit der Nahverkehrsservice Sachsen-Anhalt GmbH (NASA) fanden in der Vergangenheit immer wieder statt. Das letzte wurde vor der Kontaktaufnahme Anfang 2019 im Ministerium für Landesentwicklung und Verkehr im Beisein Minister Webels geführt. Diese

fürten in keiner Form zum gewünschten Ergebnis. Zudem ist die NASA nicht für den Fernverkehr zuständig und hat keinerlei Einfluss auf die Entscheidungen der Deutschen Bahn AG. **Die Verwaltung empfiehlt daher, den Änderungsantrag A0126/19 abzulehnen.**

Die Verwaltung ist zur Einschätzung gelangt, dass weitere Gespräche allein nicht den gewünschten Erfolg versprechen. Es wird daher versucht, auf nachdrücklicherem Weg die Stimme an die Deutsche Bahn AG zu richten.

Zunächst wird die Abteilung Verkehrsplanung (61.4) des Stadtplanungsamtes die fachliche Vorbereitung übernehmen. Anhand des Deutschlandtaktplanes, des Streckennetzes und der Anforderungen der Stadt werden Argumente, mögliche Streckenplanungen und Takt-Zielvorgaben bis zum **Jahresende 2020** erarbeitet.

Es folgt die Einberufung einer interdisziplinären Arbeitsgruppe mit Vertretern der Stadt, des Landes, der Hochschulen, der Kammern, der Unternehmen sowie dem Bündnis Fernverkehr. Die erste Sitzung soll für **Januar 2021** geplant werden sofern die pandemische Lage dies zulässt. Die Steuerung dieser Gruppe obliegt dem Wirtschaftsdezernat.

In dieser Arbeitsgruppe wird bis **April 2021** ein Forderungspapier erarbeitet, welches max. drei klar formulierte Forderungen enthält. Diese werden fachlich fundiert aufbereitet und begründet. Das Papier wird von allen Vertretern der Arbeitsgruppe öffentlichkeitswirksam im **Frühjahr 2021** unterzeichnet. Eine Beteiligung von Vertretern anderer betroffener Kommunen (z.B. Potsdam und Braunschweig) wird explizit nicht ausgeschlossen.

Besagtes Forderungspapier wird zur **Mitte des Jahres 2021** versehen mit einem erneuten Gesprächswunsch an die Herren Lutz und Walden von der Deutschen Bahn AG sowie an das Bundesverkehrsministerium übermittelt.

Es folgt eine mindestens monatliche Kontaktaufnahme mit den Empfängern bis ein Gespräch stattgefunden hat über welches ein Gesprächsprotokoll erstellt wird, welches dem Stadtrat zur Kenntnis vorgelegt wird.

Mit dem beschriebenen Vorgehen sieht die Stadtverwaltung den Beschluss des Stadtrates Nr. 414-011(VII)20 zum Antrag A0002/20 als erfüllt an. Ebenfalls wäre ein möglicher Beschluss des Antrages A0126/19 als erfüllt anzusehen und damit die Beschlussfassung nicht mehr notwendig. Die Verwaltung bittet darum, den Antrag zurückzuziehen.

Sandra Yvonne Stieger